

Besonderes Verwaltungsrecht

Baurecht, Polizei- und Sicherheitsrecht mit Bezügen zum Verwaltungsprozessrecht und zum Staatshaftungsrecht

von

Dr. Achim Seidel, Dr. Ekkehart Reimer, Dr. Markus Möstl, Dr. Dr. Udo Di Fabio

3. Auflage

[Besonderes Verwaltungsrecht – Seidel / Reimer / Möstl / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Besonderes Verwaltungsrecht - Gesamtdarstellungen](#)



Verlag C.H. Beck München 2009

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 56387 4

Inhaltsübersicht

Fall 1: Der verweigerte Ersatzbau (Seidel/Möstl)

Schwerpunkte: Verpflichtungsklage; Reformierung des Widerspruchsverfahrens in Bayern (weitgehender Wegfall als Sachurteilsvoraussetzung); Bauvorbescheid als Verwaltungsakt; Anspruch auf Erteilung eines Bauvorbescheids in Form der sog. Bebauungsgenehmigung; Veränderungssperre bei Aufgabe des ursprünglichen Planungsziels; bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens am Maßstab von § 33 BauGB (Planreife) und § 35 BauGB (Außenbereich); erweiterter Bestandsschutz nach § 35 Abs. 4 BauGB; erweiterter Bestandsschutz unmittelbar aus Art. 14 GG?; Klage einer Gemeinde gegen eine Baugenehmigung, durch die das von ihr verweigerte Einvernehmen ersetzt wird; Notwendigkeit zweier Anfechtungsklagen oder § 44a VwGO?; materielle Planungshoheit und Reichweite des § 36 BauGB; das Verhältnis der Ersetzungsregelungen in § 36 Abs. 2 S. 3 BauGB und Art. 67 BayBO

1

Fall 2: Weg mit den Mietern (Reimer)

Schwerpunkte: Statthaftigkeit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO vor Einlegen eines Widerspruchs in der Hauptsache; Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO; Baugenehmigung mit Nebenbestimmungen; besonderes Städtebaurecht (§§ 136–164 BauGB)

29

Fall 3: Rechtsschutz gegen Bebauungspläne (Seidel)

Schwerpunkte: Normenkontrollantrag gem. § 47 VwGO; § 1 Abs. 7 BauGB als subjektives Recht i. S. von § 47 Abs. 2 S. 1 BauGB; Ermittlungs- und Bewertungsmängel am Maßstab von § 2 Abs. 3 und Abs. 4 BauGB; Planrechtfertigung; das Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB); Planungsermessens und Abwägungsfehlerlehre; das Verhältnis der Anwendungsbereiche von §§ 2 Abs. 3, 214 Abs. 1 Nr. 1 BauGB einerseits und §§ 1 Abs. 7, 214 Abs. 3 S. 2 BauGB andererseits; Trennungsgrundsatz; Eilantrag gem. § 47 Abs. 6 VwGO

39

Fall 4: Nachbar(eilrechts)schutz im deregulierten Bauordnungsrecht (Seidel)

Schwerpunkte: Eilrechtsschutz des Nachbarn im Freistellungsverfahren über § 123 VwGO; Klagebefugnis und Nachbarschutz aus § 35 BauGB (Rücksichtnahmegebot); Anspruch des Nachbarn auf bauordnungsrechtliches Einschreiten gegen den Bauherrn; Ermessensreduzierung . . .

57

Fall 5: Gebietscharakter und Abstandsflächenrecht – Nachbarschutz (Seidel)

Schwerpunkte: Anfechtungsklage; Verwaltungsakt mit Doppelwirkung; Genehmigungsabwehranspruch des Nachbarn; Schutznormtheorie; Art. 14 GG und Klagebefugnis des Nachbarn; Nachbarschutz aus Art. 6 BayBO (Abstandsflächenrecht); behördliches Prüfprogramm und Reichweite des Nachbarschutzes im vereinfachten Genehmigungsverfahren; § 34 Abs. 2 BauGB und Drittschutz; Gebietserhaltungsanspruch; Bedarf i. S. v. § 12 Abs. 2 BauNVO; Eilantrag des Nachbarn auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VwGO (§ 212 a Abs. 1 BauGB); Verwirkung von Nachbarrechten; Nachbarbeteiligung und Verzicht auf Nachbarrechte über Art. 71 Abs. 1 S. 1 und 2 BayBO; Widerruf der nachbarlichen Zustimmung; Mieter als Nachbar i. S. des Bauplanungsrechts?

71

Fall 6: Vitrinenbefreiung (Reimer)

Schwerpunkte: Passivlegitimation bei Verpflichtungsklage wegen Versagung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB); Antragsberechtigung bei der Baugenehmigung; Ausnahmen und Befreiungen im Baurecht (§ 31 BauGB); Baubeseitigungsanordnung; Zwangsvollstreckung durch Ersatzvornahme; Anforderung der Vollstreckungskosten und Rechtsschutz hiergegen.

91

<i>Fall 7: Die Garage im Villenviertel (Möstl)</i>	
Schwerpunkte: Klage einer Gemeinde auf bauaufsichtliches Einschreiten; Verpflichtungsklage (Vornahme- und Bescheidungsausspruch); Anspruch auf fehlerfreie Ermessensaustübung; Baubeseitigungsanordnung; Ortsbildgestaltung durch örtliche Bauvorschriften oder durch Bauleitplanung?; Gewährleistung und Reichweite der Baufreiheit (Art. 14 GG); Nutzungsuntersagung; ausnahmsweise Zulässigkeit (§ 31 Abs.1 BauGB) im faktischen Wohngebiet (§ 34 Abs.2 BauGB, BauNVO); Anspruch der Gemeinde auf bauaufsichtliches Einschreiten wegen Umgehung ihres Rechts aus § 36 BauGB	103
<i>Fall 8: David gegen Goliath (Reimer)</i>	
Schwerpunkte: VA-Qualität rechts- und fachaufsichtlicher Weisungen gegenüber einer Gemeinde; gemeindliche Planungshoheit; Bezüge zum Raumordnungsrecht; Pflicht zum Erlass eines Bebauungsplans; Veränderungssperre (§ 16 Abs. 1 BauGB); Zurückstellen von Baugesuchen (§ 15 Abs. 1 BauGB)	121
<i>Fall 9: Factory-Outlet-Center (Seidel)</i>	
Schwerpunkte: Normenkontrollantrag gem. § 47 VwGO; Antragsbefugnis einer Nachbargemeinde; interkommunales Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 BauGB); Ausschluss eines Gemeinderatsmitglieds wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO); § 2 Abs. 2 BauGB im Verhältnis zu § 2 Abs. 3 BauGB und zum Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB); planungsrechtliche Erheblichkeit wirtschaftlicher Fernwirkungen eines Bebauungsplans auf die Nachbargemeinde; Konfliktbewältigung und planerische Zurückhaltung; Erheblichkeit eines Planungsfehlers am Maßstab von § 214 Abs. 1 und Abs. 3 S. 2 BauGB; präventiver Rechtsschutz gegen Bebauungspläne (präventive Normenkontrolle analog § 47 VwGO?, allgemeine Leistungs-/Unterlassungsklage, Feststellungsklage); Schadensersatzanspruch aus culpa in contrahendo im Zusammenhang mit einem Verwaltungsvertrag	137
<i>Fall 10: Terror im Westend (Reimer)</i>	
Schwerpunkte: Bauordnungsrecht: Nutzungsuntersagung vs. Aufhebung einer Nutzungsgenehmigung; Sicherheitsrecht mit Bezügen zum EG-Recht und zum Verfassungsrecht: Menschenwürdeverstoß bei gewaltverharmlosendem Computerspiel; Nachschieben von Gründen im Verwaltungsprozess	157
<i>Fall 11: Open-Air-Konzert (Seidel)</i>	
Schwerpunkte: § 40 Abs. 1 VwGO und § 23 EGGVG bei polizeilichen Standardmaßnahmen; Fortsetzungsfeststellungsklage bei vorprozessualer Erledigung; öffentliche Sicherheit als polizeirechtliches Schutzgut; Identitätsfeststellung gem. Art. 13 PAG; Durchsuchung gem. Art. 21 PAG; die polizeirechtliche Generalklausel gem. Art. 11 PAG; Platzverweisung gem. Art. 16 PAG; Verbringungsgewahrsam.	177
<i>Fall 12: Pressefotograf (Möstl)</i>	
Schwerpunkte: Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung des VA vor Klageerhebung; Feststellungsinteresse; Sicherstellung (Art. 25 PAG); Konflikt zwischen Recht am eigenen Bild und Pressefreiheit; polizeilicher Schutz privater Rechte; Polizeihandeln durch VA oder durch Realakt.	195
<i>Fall 13: Abschleppfallvarianten (Seidel)</i>	
Schwerpunkte: Anfechtungsklage; Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheids im Polizeirecht; Abgrenzung zwischen Sicherstellung gem. Art. 25 ff. PAG, Ersatzvornahme/sofortigem Vollzug gem. Art. 53 Abs. 2, 55 Abs. 1 S. 1 PAG und unmittelbarer Ausführung nach Art. 9 Abs. 1 PAG; Eingriffsbefugnis gem. Art. 11 PAG; polizeiliche Handlungsgrundsätze gem. Art. 4 PAG; Verantwortlichkeit gem. Art. 7 und 8 PAG; sog. „Münchener Modell“; Zustandsverantwortlichkeit bei gestohlenem Fahrzeug; Amtshaftung im Zusammenhang mit Beschädigungen anlässlich des Abschleppvorgangs, der von einem privaten Abschleppunternehmer durchgeführt wird	213

Fall 14: Gefahrenverdacht (Seidel)

Schwerpunkte: Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 VwGO; sicherheitsbehördliche Aufgabeneröffnung gem. Art. 6 LStVG; Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG als Befugnisnorm; Gefahrenverdacht, Anscheingefähr und Putativgefähr im Sicherheitsrecht; Gefahrerforschungseingriff; Zustandsverantwortlichkeit gem. Art. 9 Abs. 2 LStVG (hier: Verdachtsstörer); Ersatz- bzw. Entschädigungsansprüche des Verdachts- bzw. Anscheinssstörers; weitere Abschleppfallvariante: Zweckveranlasser und Verdachtsstörer im Polizeirecht; Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheids gemäß Art. 9 Abs. 2 PAG gegen den Verdachtsstörer im Polizeirecht

231

Fall 15: Obdachlos (Seidel)

Schwerpunkte: Eilantrag gem. § 123 VwGO; Anspruch auf ordnungsbehördliches Handeln gem. Art. 6 LStVG bzw. Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG; Obdachlosigkeit als (konkrete) Gefahr; Ermessensreduzierung; Wiedereinweisung des Obdachlosen in die ordnungsgemäß gekündigte Wohnung; Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG als Befugnisnorm; ordnungsrechtlicher Notstand gem. Art. 9 Abs. 3 LStVG; Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 8 LStVG); Rechtsschutz des Eigentümers gegen die Wiedereinweisungsverfügung; Räumungsanspruch des Eigentümers gegenüber dem Träger der Sicherheitsbehörde nach Ablauf der Wiedereinweisungsfrist und prozessuale Geltendmachung; Ermessensreduzierung (Folgenbeseitigungslast); Amtshaftungsanspruch des Eigentümers im Falle der Selbsthilfe bei behördlicher Untätigkeit; staatshaftungsrechtlicher Ersatzanspruch des Eigentümers für Schäden, die durch unsachgemäßen Gebrauch der Wohnung durch den eingewiesenen Obdachlosen entstanden sind

251

Fall 16: Die gewalttätige Gegendemonstration (Seidel)

Schwerpunkte: Fortsetzungsfeststellungsklage bei vorprozessualer Erledigung; Abgrenzung zwischen Eingriffsgrundlagen des Versammlungsrechts und Art. 7 Abs. 2 LStVG im Falle eines Verbots einer nicht-öffentlichen Versammlung in geschlossenen Räumen; Gesetzgebungskompetenz des Freistaats Bayern im Bereich des Versammlungsrechts; Versammlungsfreiheit in geschlossenen Räumen als vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht; Zitiergebot gem. Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG; Zweckveranlasser; ordnungsrechtlicher Notstand gem. Art. 9 Abs. 3 LStVG

275

Fall 17: Bekämpfung der Drogenszene (Seidel)

Schwerpunkte: Umdeutung eines unstatthaften Eilantrags nach § 123 VwGO in einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 VwGO (§ 88 VwGO); Rechtsschutzinteresse bei einem Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO; längerfristige Aufenthaltsverbote auf Basis der sicherheitsrechtlichen Generalklausel; Sperrwirkung gem. Art. 7 Abs. 4 LStVG bei Eingriffen in Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG; Gesetzgebungskompetenz des Bundes gem. Art. 73 Nr. 3 GG; Zitiergebot gem. Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG; Eingriffstatbestand nach Art. 7 Abs. 2 Nrn. 1 und 3 LStVG; Bestimmtheitsgrundsatz (Art. 7 Abs. 1 BayVwVfG); Übermaßverbot (Art. 8 LStVG); die Fallgruppe des polizeilichen Wohnungsverweises

289

Fall 18: Kampfhundeverordnung (Möstl)

Schwerpunkte: Polizeiliches Einschreiten zur Unterbindung eines Normverstoßes; Prüfung der polizeilichen „Aufgabe“; Subsidiarität und sicherheitsbehördliche Weisung; Sicherstellung; sicherheitsrechtlicher Verordnungserlass; selbständige und unselbständige polizeiliche Verfügungen; Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung; Verhältnismäßigkeit der Vermutung der Kampfhundeeigenschaft für bestimmte Hunderassen; Verbot mit Erlaubnisvorbehalt; Bestandschutz und Rückwirkung; der Begriff der „abstrakten Gefahr“; Anordnung bzw. Feststellung der aufschiebenden Wirkung sowie vorläufige Aufhebung des Vollzugs (§ 80 Abs. 5 VwGO)

303

Fall 19: Schleierfahndung (Seidel)

Schwerpunkte: Fortsetzungsfeststellungsklage; Identitätskontrollen und Durchsuchung von Sachen im Rahmen der sog. Schleierfahndung (insbesondere: Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung von Schleierfahndungsmaßnahmen; Ausstrahlungswirkungen des Rechts auf

informationelle Selbstbestimmung und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf die Rechtsanwendungsebene); Verfassungsbeschwerde und Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof; Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (insbesondere: Rechtssatzverfassungsbeschwerde und Erfordernis unmittelbarer Betroffenheit); Beschwerdefrist gem. § 93 Abs. 3 BVerfGG. 323

Fall 20: Hamburger im Englischen Garten (Reimer)

Schwerpunkte: Wirtschaftsverwaltungsrecht, v. a. gewerberechtliche Gestaltung, Eingriffsverwaltungsakte nach Ladenschlussgesetz und Gaststättengesetz und ihr Verhältnis zur Gewerbeordnung; Verfassungsmäßigkeit des Ladenschlussgesetzes; Nutzung öffentlicher Straßen zu Werbezwecken 341

Fall 21: Erlaubnispflicht von Straßenkunst? (Seidel)

Schwerpunkte: Feststellungsklage; Abgrenzung zwischen Gemeingebräuch und Sondernutzung im Straßenrecht; kommunikativer Gemeingebräuch; Straßenkunst am Maßstab des Art. 5 Abs. 3 GG 357

Sachverzeichnis 367